

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 7—9

Juli—September 1961

2 Schilling

No pasaran!

Wer von unseren Genossinnen und Genossen, welcher Angehörige der älteren sozialistischen Generation empfindet nicht die Schande, daß heute, 16 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, das Franco-Regime in Spanien noch immer besteht! Die Schurken Hitler und Mussolini, denen Franco seinen Sieg zu verdanken hat, sind längst unter der Erde; sie sind von der Geschichte gerichtet. Ohne die Hilfe der italienischen und deutschen Interventionstruppen hätte es keinen Sieg Francos gegeben! Ist es doch längst bekannt, daß dort hunderttausend italienische Soldaten und tausende deutsche Flieger und Spezialisten die „nationale Regierung“ gegen ihr eigenes Volk unterstützt haben! Wer erinnert sich dabei nicht der Schreckenstaten der Fremdenlegion und der angeworbenen marokkanischen Eingeborenentruppen zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges!

25 Jahre sind seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges vergangen. Nur weil die republikanische Regierung eine Bodenreform durchführen wollte, weil sie der armen Landbevölkerung helfen wollte, ein größeres Stück Brot zu erringen, darum wurde sie von den verräterischen Generalen und der Falange zum Teufel gejagt; darum lieferten sie den Faschisten in Deutschland und Italien die Handhabe dazu, ganz Spanien zu einem blutigen Exerzierplatz und Versuchsterrain für ihre Kriegspläne zu machen.

Blutenden Herzens haben wir den Untergang der spanischen Republik verfolgt. Was waren die paar tausend Mann der Internationalen Brigaden (in Wirklichkeit waren es Regimenter) im Vergleich zu den Divisionen Mussolinis, die Ambulanzwagen, für die im Ausland gesammelt wurde, im Vergleich zu den deutschen Panzern und Bombenflugzeugen? Eine Million Menschen ist im spanischen Bürgerkrieg zugrunde gegangen — und Spanien zählte damals 22 Millionen Einwohner. Aber hätten wir deshalb nicht kämpfen sollen, weil uns der Sieg nicht beschieden war?

Das spanische Volk hat im Kampf gegen den Faschismus getan, was es nur tun konnte. Aber wir müssen es offen aussprechen: Die westlichen Demokratien und vielfach auch die Arbeiterbewegung in den dortigen Ländern haben die junge spanische Republik einfach im Stich gelassen. Die „Nichtintervention“, die der Republik die so lebenswichtigen Waffenlieferungen verwehrte, ist wahrlich nicht etwa von Hitler erfunden worden! Einige französische Divisionen hätten 1936 genügt, um dem ganzen faschistischen Spuk ein Ende zu machen.

Während des zweiten Weltkrieges gab es in Spanien noch immer eine Partisanenbewegung. Und nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 und der japanischen im August 1945 waren den Reaktionären in der Welt die Hände gebunden. Niemand hätte damals gewagt, einer gemeinsamen Intervention von Frankreich aus in die Arme zu fallen. Die Linksparteien hatten damals eine andere Perspektive der Entwicklung vor Augen. Es kam die internationale Ächtung Franco-Spaniens, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen; aber nach zwei Jahren schon folgte die Anbahnung sehr guter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, als der Kalte Krieg ausgebrochen war. Und jetzt hält ein Dollarstrom Franco am Leben.

Aber trotzdem: Sie werden nicht durchkommen! „No pasaran!“ war die Parole der Verteidiger von Madrid. Nur mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet, kämpften damals die Milizen gegen die Panzer, die Kanonen und die mörderischen Flugzeuge der Faschisten. Madrid fiel am letzten Tag des Bürgerkrieges. Die Parole aber ging über die Erde.

Wenn in der Welt die Kräfte des Fortschritts sich zeitweise zurückziehen mußten, so knirschten sie zwischen den Zähnen: No pasaran!

Man kann dem Rad der Geschichte in die Speichen fallen, man kann es aber nicht auf die Dauer aufhalten. Immer wieder hören wir von Verhaftungen, von Studentendemonstrationen und Streiks in Spanien. Auch die Ereignisse in Portugal bleiben nicht ohne Rückwirkung auf Spanien. Die Vorfälle auf der „Santa Maria“ haben die Weltöffentlichkeit aufgerüttelt, der Kolonialkrieg in Angola kam vor die Vereinten Nationen. Die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Völker verändert das Gleichgewicht in der Welt. Südlich von Spanien liegen Marokko, Algerien und Tunesien. Der Sieg der Befreiungsidee ist nicht mehr fern. Tausende Menschen starben in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts in einem schmutzigen Kolonialkrieg einen sinnlosen Tod. Die Zeit arbeitet gegen Franco. Die Besiegten von gestern werden die Sieger von morgen sein!

Niemals vergessen! — No pasaran!

Ansprüche anmelden!

Die 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle ist im Bundesgesetzblatt, 23. Stück, vom 21. April 1961 unter Zl. 101 verlautbart worden. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß diese Vorschriften nicht mit dem der Verlautbarung im Bundesgesetzblatt folgenden Tag in Kraft treten werden, sondern erst nach Abschluß einer zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland noch zu treffenden Vereinbarung über die finanzielle Bedeckung des durch das Gesetz bedingten Aufwandes. Diese weitere Verzögerung der so lange hinausgeschobenen Wiedergutmachung ist für alle Opfer eine schwere Belastung, und wir freuen uns, mitteilen zu können, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung die mit der Durchführung der 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle betrauten Behörden angewiesen hat, den Zeitraum der vacatio legis (die Zeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes) nicht ungenützt verstreichen zu lassen.

Um zu vermeiden, daß nach der Verlautbarung über das Inkrafttreten der Novelle die Behörden durch das gleichzeitige Einlangen tausender Anträge überlastet werden und eine flüssige Erledigung in Frage gestellt wird, werden Anträge, die schon jetzt eingebracht werden, auf ihre Vollständigkeit hinsichtlich der beizubringenden Unterlagen und Beweismittel geprüft werden.

Die Antragsteller werden sodann von den Behörden zur Nachholung fehlender Unterlagen aufgefordert werden. Damit soll erreicht werden, daß beim Inkrafttreten der Novelle diese vorgearbeiteten Anträge unverzüglich entschieden werden können und mit der Auszahlung der Entschädigungen begonnen werden kann.

Wir empfehlen daher allen nach der 12. Novelle zum OFG Berechtigten, mit der Anmeldung ihrer Ansprüche sofort zu beginnen. Die zuständigen Behörden, bei welchen die Geltendmachung der Ansprüche vorzunehmen ist, sind am Ende der nachfolgenden Ausführungen genannt.

Um unseren Lesern die Abfassung der Anträge zu erleichtern, behandeln wir nun die einzelnen Tatbestände in der Reihenfolge des Gesetzes. Außerdem drucken wir einfache Antragstexte für einzelne Fälle ab. Dabei ist zunächst zwischen den Verbesserungen bereits bestehender Ansprüche und der Neueinführung von Entschädigungsleistungen zu unterscheiden.

Als Verbesserungen sind anzusehen:

1. Die Ausstellung einer Amtsbescheinigung an Stelle eines Opferausweises bei Gesundheitsschädigungen entsprechend einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 v. H. (MdE).

Österreichische Staatsbürger, die einen verfolgungsbedingten Gesundheitsschaden entsprechend einer

Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 70 v. H. erlitten haben, der nicht auf eine Haft, Mißhandlung oder Verwundung zurückzuführen ist, erhielten bisher gemäß § 1 Abs. 2 lit. c OFG nur einen Opferausweis. Unter die vorangeführte Gesetzesbestimmung fallen sohin jene Personen, die wegen der ihnen drohenden Verfolgung im verborgenen leben mußten und zufolge der Unmöglichkeit, rechtzeitig oder überhaupt ärztliche Hilfe zu erlangen, schwere Gesundheitsschäden erlitten haben. Nach der Novelle soll diesen Geschädigten an Stelle eines Opferausweises eine Amtsbescheinigung ausgestellt werden. Dadurch können nicht krankenversicherte Opfer kostenlose Heilfürsorge und im Falle der Bedürftigkeit gemäß § 11 Abs. 5 OFG eine Unterhaltsrente erhalten. Alle Personen, die bereits im Besitz eines Opferausweises gemäß § 1 Abs. 2 lit. c OFG (MdE von 70 v. H.) sind, müssen daher unter Hinweis auf diese Tatsache und den aufrechten Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft die Ausstellung einer Amtsbescheinigung beantragen. Für den Fall der Erfüllung der Voraussetzungen für die Leistung einer Unterhaltsrente (ein Einkommen unter 860 S monatlich bei Ledigen beziehungsweise unter 930 S bei Verheirateten) wird empfohlen, gleichzeitig mit dem Antrag auf Ausstellung der Amtsbescheinigung auch den Rentenanspruch zu stellen, um die Leistung der Rente ab Inkrafttreten des Gesetzes zu sichern.

2. Die Erhöhung der Haftentschädigung.

Die Haftentschädigung wird durch die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz für Opfer mit 860 S und für Hinterbliebene mit 430 S je Haftmonat festgesetzt. Kinder, deren beide Elternteile in Haft waren, erhalten für zeitlich zusammenfallende Haftmonate der Eltern je 860 S. Ist eine Haftentschädigung bereits nach den bisher geltenden Bestimmungen gezahlt worden, beträgt demnach die Aufzahlung bei Opfern 428.80 S und bei Hinterbliebenen 214.40 S je Haftmonat. Haftzeiten, für die bisher 616 S monatlich gezahlt wurden, erhöhen sich um 244 S je Haftmonat.

Die Auszahlung der erhöhten Haftentschädigung erfolgt nur auf Antrag. Da der Gesetzgeber (entgegen allen Grundsätzen einer echten Wiedergutmachung) bei der Erhöhung der Haftentschädigung eine Einkommensgrenze aufgestellt hat, ist dem Antrag auf Neubemessung der Haftentschädigung ein Nachweis anzuschließen, daß das Einkommen des Antragstellers im Jahre 1955 oder im Jahre 1960 den Betrag von 72.000 S nicht überstiegen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes dem Antragsteller gegenüber unterhaltsberechtigten Kind um je 3000 S. Es genügt der Nachweis, daß das Jahreseinkommen in einem der beiden Jahre (1955 oder 1960) die genannte Grenze nicht überstiegen hat. Wie den Ausführungen des Berichterstatters im Nationalrat zu entnehmen ist, wird die Einkommensgrenze nach den auf dem Gebiet der Kriegsopferversorgung geltenden Grundsätzen errechnet werden, es handelt sich also um das Nettoeinkommen, wobei diesem 30 v. H. eines allfälligen Einkommens des Ehegatten des Anspruchsberechtigten zugezählt werden wird.

Die Erhöhung der Haftentschädigung ist zur Hälfte vererblich: Ist also ein Opfer, das Anspruch auf Erhöhung der Haftentschädigung gehabt hätte, vor Inkrafttreten der 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle gestorben, dann haben die Hinterbliebenen (Witwe, Lebensgefährtin, Kinder) Anspruch auf die Hälfte des Erhöhungsbetrages, der dem Opfer zugeflossen wäre, das sind also 214.40 S je Haftmonat.

Anspruchsberechtigte, die seit dem 13. März 1938 die österreichische Bundesbürgerschaft aufgegeben haben, und Personen, die vor dem 13. März 1938 durch mehr als zehn Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz im Gebiet der Republik Österreich hatten und die

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I
Gonzagagasse 23

Betrifft: Umwandlung des Opferausweises.

Ich beantrage auf Grund die Umwandlung
meines Opferausweises nach
§ 1 Abs. 2 lit. c oder nach
§ 1 Abs. 3 lit. a oder b
in eine Amtsbescheinigung und gleichzeitig die Zuerkennung
der Unterhalts- und der Opferrente.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I,
Gonzagagasse 23

Betrifft: Aufstockung der Haftentschädigung.

Auf Grund der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz vom
21. April 1961 beantrage ich die mir zustehenden Leistungen
aus dieser Novelle. Ich bin Besitzer der Amtsbescheinigung —
des Opferausweises — Nr. und beantrage die Auf-
stockung meiner Haftentschädigung.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I
Gonzagagasse 23

Betrifft: Entschädigung Judenstern.

Ich beantrage auf Grund der 12. Novelle zum Opferfür-
sorgegesetz vom 21. April 1961 eine Entschädigung, da ich
in der Zeit vom 1. September 1941 bis den
Judenstern tragen mußte.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I,
Gonzagagasse 23

Betrifft: Verdienstentgang.

Ich beantrage auf Grund der 12. Novelle zum Opferfür-
sorgegesetz vom 21. April 1961 die mir zustehende Entschädi-
gung, da ich durch mehr als dreieinhalb Jahre eine mate-
rielle Schädigung um mehr als 50 Prozent erlitt. Ich bin In-
haber der Amtsbescheinigung — des Opferausweises —
Nr., ausgestellt in, am

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I,
Gonzagagasse 23

Betrifft: Behinderte Berufsausbildung.

Ich beantrage auf Grund der 12. Novelle eine Entschädi-
gung, da ich nach Vollendung des 12. Lebensjahres durch
eigene Verfolgung (oder durch die meiner Eltern) meine
Berufsausbildung nicht vollenden konnte.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
(Dienststelle)
Adresse:

Ansuchen

Betrifft: Aufstockung der Beamtenentschädigung.

Da auf Grund der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz
vom 21. April 1961 eine Aufstockung der seinerzeitigen Ent-
schädigung erfolgen soll, erlaubt sich der Unterfertigte um
diesen Differenzbetrag anzusuchen.

Amtsbescheinigung — Opferausweis — Nr.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I,
Gonzagagasse 23

Auf Grund der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz vom
21. April 1961 ersuche ich um Zuerkennung der mir als
Witwe des verstorbenen geboren am
gestorben am zustehende Entschädigung.

Mein Gatte war Inhaber der Amtsbescheinigung — des
Opferausweises — Nr. und war Monate in Haft.

.....
Unterschrift

Name: Wien, am 1961
Adresse:

An die
Magistratsabteilung 12
Ref.: Opferfürsorge
Wien I
Gonzagagasse 23

Betrifft: Anhaltung in der Emigration.

Ich beantrage auf Grund der 12. Novelle zum Opferfür-
sorgegesetz vom 21. April 1961 für meine Anhaltung in der
Emigration in Frankreich (oder im damaligen sogenannten
Feindesland) für die Zeit vom bis die
mir zustehende Entschädigung.

.....
Unterschrift

österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, sind von der Erhöhung der Haftentschädigung ausgeschlossen, wenn sie für die Haft einen Anspruch auf Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland haben. Entsprechende Bestätigungen über das Nichtvorliegen von Ansprüchen werden vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, Ludwig-Beck-Straße 23, ausgestellt werden.

Als zweite Gruppe bleiben nun die neu eingeführten Entschädigungsleistungen zu behandeln.

Als neue Entschädigungsleistungen sind anzusehen:

A. Die Entschädigung für erlittene Freiheitsschäden (§ 14).

Bisher wurde nur eine aus den im Opferfürsorgegesetz angeführten Verfolgungsgründen erlittene gerichtliche oder polizeiliche Haft entschädigt, wenn diese von deutschen Behörden oder von Behörden der mit Deutschland verbündeten Staaten verhängt worden war, die sich den Verfolgungstendenzen der nationalsozialistischen Machthaber angeschlossen hatten. Nach der 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle sollen darüber hinaus Entschädigungen für nicht als Haft zu wertende Anhaltungen gewährt werden, auch wenn diese Anhaltungen von mit Deutschland im Kriege gestandenen Staaten verfügt wurden und eine Folge der Auswanderung darstellen. Demnach sind zu entschädigen:

1. Alle Internierungen oder Zuweisungen von Zwangsaufenthalten, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 9. Mai 1945 von England (im Mutterland, zum Beispiel Isle of Man, in den Kolonien, zum Beispiel Mauritius, den Staaten des Commonwealth, zum Beispiel Australien, oder in Mandatsgebieten, zum Beispiel im ehemaligen Palästina), Frankreich (im besetzten und unbesetzten Gebiet und in Afrika) oder der Sowjetunion (Karaganda) vorgenommen wurden.
2. Internierungen (Zwangsaufenthalte in einem Getto), die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 9. Mai 1945 von den mit Deutschland verbündeten Staaten (Italien, Japan, Rumänien, Slowakei, Ungarn) veranlaßt wurden.
3. Die in Deutschland oder in den besetzten Gebieten verfügten Einweisungen in Orte, die zur Anhaltung Verfolgter bestimmt waren (Hagibor, Opole usw.).
4. Zeiten, in denen Verfolgte als sogenannte „U-Boote“ unter menschenunwürdigen Bedingungen im verborgenen leben mußten.
5. Zeiten der Aussiedlung Kärntner Slowenen.

Als Entschädigung wird für jeden Monat der unter 1 bis 5 angeführten Freiheitsbeschränkungen ein Betrag von 350 S geleistet, wobei angefangene Monate als volle Monate zählen.

Auf die Entschädigung haben österreichische Staatsbürger und alle Personen Anspruch, die am 13. März 1938 österreichische Bundesbürger waren oder in einem vor dem 13. März 1938 gelegenen Zeitraum durch mehr als zehn Jahre ununterbrochen ihren Wohnsitz im Gebiet der Republik Österreich hatten. In den Anträgen sind die Beweismittel (Zeugen, Bestätigungen usw.) für die Tatsache und Dauer der erfolgten Freiheitsbeschränkung anzuführen. Wurden Beweise bereits in einem anderen Verfahren (betreffend die Anerkennung als Opfer oder anlässlich eines Antrages auf Haftentschädigung) vorgelegt, so ist auf diesen Umstand hinzuweisen.

Sternträger, die diesen Nachweis erbringen können, erhalten eine entsprechende Bestätigung durch die zuständige Kultusgemeinde.

B. Die Entschädigung für Sternträger (§ 14 a).

Voraussetzung für den Anspruch auf die mit 6000 S festgesetzte einmalige Entschädigung ist, daß der Ver-

folgte mindestens durch sechs Monate Sternträger war. Dabei werden jedoch Entschädigungen für andere Freiheitsbeschränkungen, die für Zeiten nach dem 1. September 1941 gezahlt worden sind, auf den oben angeführten Pauschbetrag angerechnet. So kann zum Beispiel ein Verfolgter, der für eine nach dem 1. September 1941 liegende Verfolgungszeit aus dem Titel einer Freiheitsbeschränkung in der Dauer von fünfzehn Monaten schon 5250 S erhalten hat, nur noch die Differenz zwischen der vorangeführten Leistung auf 6000 S (also 750 S) in Anspruch nehmen.

Der anspruchsberechtigte Personenkreis ist derselbe wie unter A.

C. Die Entschädigung für Einkommenschaden (§ 14 b).

Die hier vorgesehene Pauschalentschädigung von 10.000 S ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

1. Das Einkommen des Verfolgten muß durch eine gegen den Geschädigten gesetzte Maßnahme gemindert worden sein.
2. Die Minderung muß wenigstens die Hälfte des vor der gesetzten Maßnahme bezogenen Einkommens betragen.
3. Die Schädigung muß innerhalb des Zeitraumes vom 6. März 1933 bis 9. Mai 1945 gelegen sein.
4. Die Schädigung muß mindestens 42 Monate bestanden haben.
5. Der Geschädigte muß Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises sein.

Auf die Entschädigung werden Leistungen nach dem Beamtenentschädigungsgesetz, dem 7. Rückstellungsgesetz und dem 3. Rückgabegesetz angerechnet. Ist der Einkommenschaden bisher noch nicht festgestellt worden (zum Beispiel in einem Verfahren zur Erlangung eines Opferausweises gemäß § 1 Abs. 2 lit. d OFG), muß zunächst die Höhe des Einkommens im Zeitpunkt der gesetzten Verfolgungsmaßnahme (Berufsverbot, Gewerbeentzug, Entlassung usw.) nachgewiesen werden. Sodann ist die Einkommensminderung der Höhe und Dauer nach glaubhaft zu machen (zum Beispiel Einkommenslosigkeit in den ersten Jahren nach der Emigration). Da nur Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises die Entschädigung erhalten können, ist diese im wesentlichen auf österreichische Staatsbürger beschränkt.

D. Die Entschädigung für Ausbildungsschäden (§ 14 c).

Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises (also nur österreichische Staatsbürger) erhalten eine einmalige Entschädigung von 6000 S, wenn sie eine nach Vollendung des 14. Lebensjahres begonnene Berufsausbildung durch eine gegen sie oder ihre Eltern gerichtete Verfolgungsmaßnahme im Sinne des Opferfürsorgegesetzes abbrechen mußten. Anspruchsberechtigt sind daher Personen, die nach dem 14. Lebensjahr aus einer Schule, Hochschule oder einem Ausbildungsverhältnis ausscheiden mußten, sei es durch Ausschluß oder Entlassung oder deshalb, weil ihre Eltern durch gegen sie gesetzte Verfolgungsmaßnahmen materiell nicht mehr in der Lage waren, die Mittel zur weiteren Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung zu stellen. Der Entschädigungsanspruch besteht auch dann, wenn eine erstrebte Ausbildung (zum Beispiel Eintritt in ein Lehrverhältnis oder Besuch einer höheren Schule) nach Vollendung des 14. Lebensjahres nicht aufgenommen werden konnte, weil die Verfolgungsmaßnahmen dies unmöglich machten.

Allen unter A bis D genannten Entschädigungen ist gemeinsam, daß der Anspruch nicht vererblich ist. Nur dann, wenn der Anspruchsberechtigte selbst den Antrag auf Entschädigung gestellt hat und den Tag des Inkrafttretens der 12. Opferfürsorgegesetz-Novelle erlebt hat, fällt der Entschädigungsbetrag den gesetzlichen Erben zu.

Anträge nach der 12. Novelle von im Inland lebenden Anspruchsberechtigten sind bei der örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (Amt der Landesregierung), von im Ausland wohnhaften Personen bei der österreichischen Vertretungsbehörde, in deren Bereich sie ihren Wohnsitz (Aufenthalt) haben, oder beim Amt der Wiener Landesregierung einzubringen.

Wer also glaubt, auf Grund der 12. Novelle zum OFG Ansprüche zu haben, soll diese so bald als möglich bei der für ihn zuständigen Behörde geltend machen; Unterlagen brauchen, wie schon gesagt, nicht beigelegt zu werden, da jeder Antragsteller persönlich vorgeladen werden wird.

In der 12. Novelle werden jetzt verschiedene Internierungslager, wie zum Beispiel Schanghai oder Mauritius, die bisher nicht als Haft gewertet wurden, als Lager anerkannt. Eine vollständige Liste der anerkannten Lager wird derzeit vom Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeitet, und wir werden dieses Verzeichnis auch veröffentlichen, sobald es vorliegt.

Überdies werden auch jene Fälle berücksichtigt, in welchen die Aussiedlung aus Gründen der Nationalität erfolgt ist.

Bei allen Freiheitsschäden ist zu berücksichtigen, daß der 9. Mai 1945 als absolute Grenze für Ansprüche aus dem Titel der Anhaltung in einem Lager gilt; dieser Tag ist daher als Stichtag anzusehen.

Häftlinge, die nach diesem Stichtag noch in einem Lager verblieben sind, können also für diese Zeiten keine Ansprüche stellen.

Das Gesetz ist zwar unbefristet, und daher kann niemand durch Versäumen eines bestimmten Termins einen Schaden erleiden. Es sei aber nochmals wiederholt, daß wir sehr empfehlen, die entsprechenden Anträge so bald als möglich zu stellen.

Wenn dann — und darauf ist schon hingewiesen worden — die Antragsteller vorgeladen werden, so haben sie die Möglichkeit, an Ort und Stelle und beraten von einem Fachmann ihre Anträge noch zu erweitern und zu ergänzen, soweit das nach dem Gesetz möglich ist.

Also, Genossinnen und Genossen, meldet Eure berechtigten Ansprüche sofort an!

Die Wahrheit über den spanischen Bürgerkrieg

Vor 25 Jahren zerstörte eine Militärrevolte die Republik Spanien

Anlässlich des 25. Jahrestages des spanischen Bürgerkrieges hat der Generalsekretär der sozialistischen Partei Spaniens, Genosse Rodolfo Llopis, ein Schreiben veröffentlicht, das wir hier wiedergeben.

Wir sind heute Zeugen einer der größten Geschichtsfälschungen dieses Jahrhunderts. Sie betrifft den spanischen Bürgerkrieg, seine Ursachen und seine folgeschweren Auswirkungen.

Es war nicht ein Kampf zwischen Monarchisten und Kommunisten, der vor 25 Jahren in Spanien offen entbrannte und über eine Million Menschen das Leben kostete, sondern ein von den spanischen Faschisten unter Führung Francos ausgelöster Putsch gegen die rechtmäßige, aus freien Wahlen mit großer Mehrheit hervorgegangene Regierung.

Die junge spanische Demokratie machte sich bei ihren Gegnern verhaßt, weil sie versuchte, jahrhundertealte Vorrechte herrschender Schichten zu beseitigen und dem Land ein modernes Antlitz zu geben. Mit Hilfe marokkanischer Söldlinge und unterstützt von Hitler und Mussolini gewann Franco nach einem dreijährigen mörderischen, das Land ruinierenden Bürgerkrieg die Oberhand. Die spanische und die Weltdemokratie hatten eine entscheidende Schlacht verloren und die Diktatoren einen großen Sieg errungen, der sie ermunterte, die Welt in die Tragödie des zweiten Weltkrieges zu führen.

Heute ist Madrid das Mekka der europäischen Restauration, dorthin pilgern die „Abendländer“; in Franco sehen sie ihr nachahmens-

wertes Vorbild — in dem Mann und seinem Regime, der das spanische Volk durch Terror zum dumpfen Schweigen verurteilt.

Wer sich zu Franco bekennt, dem kann die Demokratie nur ein Lippenbekenntnis sein.



**Genossen und Genossinnen!
Kameraden aus den Konzentrationslagern
und Gefängnissen!
Freiheitskämpfer!**

**Arbeitet daher mit, schickt Beiträge, schreibt
alles unserer Redaktion und denkt immer daran:**

**„Der sozialistische Kämpfer“
ist eure Zeitung!**

Unfaßbare Vergangenheit - niemals vergessen

Was der Prozeß gegen Adolf Eichmann an Untaten zutage gefördert hat, ist mehr als unfaßbar. Wir wollen hier nicht wiederholen, womit die Tagespresse seit Beginn dieses atemberaubenden Prozesses die Menschen in aller Welt entsetzt und aufgerüttelt hat. Und das weiß die ganze Welt: In Jerusalem steht ja nicht Eichmann als Person vor Gericht, sondern der Nationalsozialismus als ein politisches System von unmenschlicher Grausamkeit ist angeklagt.

Und wir haben nun aus Jerusalem erneut gehört, was vor 17, vor 20 Jahren im Herzen von Europa, oft aber auch mitten unter uns, geschehen konnte. Es gab und gibt viele Grausamkeiten, die von anderen Systemen oder anderen politischen Bewegungen verübt wurden und noch verübt werden. Doch das alles vermindert nicht die Schuld des Nationalsozialismus. Denn wir fanden noch kein System, in dem mit solcher eiskalten Geschäftigkeit und Berechnung versucht wurde, ein Volk planmäßig auszurotten. Vielleicht ist es diese Tatsache, die uns am meisten schockiert, daß damals, in unseren Breitengraden, eine Bande von krankhaften Fanatikern und zynischen Verbrechern sich die Welt nach ihren politischen Fieberträumen zurechtzimmern wollte und dabei über Millionen von Leichen schritt. Der Nationalsozialismus zog eine Organisation auf, deren einziges Ziel der Mord war. Es war aber nicht nur der Mord an einem bewaffneten Feind, sondern der Mord an unschuldigen Menschen, an Kindern, Frauen und Greisen. Dieses ungeheuerliche Unternehmen war bürokratisch aufgezogen, durchrationalisiert, und war mit einem Wust von Verwaltungsmaßnahmen umgeben, als deren Haupt Eichmann fungierte. Der Völkermord war im Aktenordner festgehalten. Wahrlich — der Wahnsinn hatte Methode.

Spricht man heute über diese Zeit mit jungen Menschen, die den Wahnsinn selbst nicht mehr denkend erlebt hatten, so hört man manchmal die berechtigte Frage: „Hat sich denn niemand dagegen gewehrt?“ Wie schwer es freilich war, gegen eine mit allen Mitteln der modernen Technik und Massenbeeinflussung arbeitende Diktatur anzukämpfen, zeigen die zahlreichen Opfer des deutschen und österreichischen Widerstandes.

Antworten auf diese Frage geben uns aber auch Aussagen aus dem Eichmann-Prozeß. Wir hören bewundernd von dem Verhalten vieler Holländer, die ihre jüdischen Mitbürger nach der Einführung des „Judensternes“ auf der Straße demonstrativ freundlich begrüßten. Als im Jahre 1941 der erste Judentransport aus Amsterdam rollte, antworteten die Arbeiter mit einem Generalstreik. Das Judenmädchen Anne Frank ist nicht das einzige, wenn auch sicher das bekannteste Beispiel für die Hilfe durch die holländische Zivilbevölkerung. Ähnlich verhielten sich viele Menschen in Norwegen und Dänemark. 1943 wurden 6000 dänische Juden

von Freiwilligen in Booten nach Schweden gebracht und so dem sicheren Tode entzogen.

Diese Fälle großartigen Kampfes einfacher Menschen gegen die Unmenschlichkeit eines Diktaturregimes entheben uns freilich nicht der Feststellung, daß sie nicht in Österreich vorkamen. Sicher hat es auch in unserem Land viele Menschen gegeben, die den Verfolgten oft unter größten Gefahren Hilfe und Schutz gewährten. Doch schon die Tatsache, daß solche Fälle der breiten Öffentlichkeit oft vollkommen unbekannt sind, führt uns zu den Problemen unserer „unbewältigten“ Vergangenheit.

Diese Vergangenheit lebt mitten unter uns. Auch die politische Hochspannung unserer Tage lassen sie nicht vergessen. Aufwühlende Prozeßberichte in Deutschland und in Österreich erinnern an die Zeit, die viele längst überwunden glauben oder überwunden haben wollen, und lassen uns aufhorchen. Während aber junge Menschen oft rat- und fassungslos den wieder aufquellenden Problemen der Vergangenheit gegenüberstehen, reagiert die ältere Generation bei uns eher mit Unbehagen.

Es ist das Unbehagen jener Menschen unter der Generation der Väter, die sich plötzlich aus ihrer politischen Teilnahmslosigkeit und Bequemlichkeit herausgerissen fühlen und sich gezwungen sehen, zu Fragen Stellung zu nehmen, die sie für immer durch Schweigen zu „bewältigen“ hofften. Es ist aber auch das Unbehagen vieler einfacher Menschen, die sich fragen, wieso ehemalige Kriegsverbrecher jahrelang unter uns leben konnten und dazu oft in führenden gesellschaftlichen Positionen. Dieses berechtigte Unbehagen aktiver und wachsamer Demokraten unter uns drückt sich in vielen Symptomen aus. Man sehe sich nur einmal die Leserbriefspalten mancher Zeitungen an, und man wird in den letzten Monaten immer häufiger Briefe finden, die voll Unruhe sind. Nicht zu übersehende Anzeichen von Antisemitismus und von neonazistischem Gedankengut hier und dort zeigen uns doch eindringlich die Notwendigkeit der schonungslosen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit.

Es geht dabei um die Gegenwart, die wir vor dem wiederauflebenden Ungeist von gestern beschützen müssen. Es geht um unsere Jugend, die wir nur durch eine klare innere Abkehr vom verbrecherischen System des Nazismus vor ähnlichen Verwirrungen behüten können. Schon hören wir wieder, wie auch junge Menschen die grausamsten Verbrechen verniedlichen, wie sie das als „Fehler“ bezeichnen, was untrennbar mit dem Regime des Terrors verbunden war. Die Trommel der verlogenen Kriegsrömantik wird wieder gerührt, mit der Unwissenheit und Unerfahrenheit junger Menschen werden Millionen verdient. Und zeigt uns die Entwicklung in Südtirol nicht deutlicher als alle anderen Beispiele, wie gefährlich uns der Rechtsextremismus auch heute noch werden

kann? Die Väter, die heute zum Eichmann-Prozeß und zu all den damit verknüpften Problemen schweigen, laden erneut schwere Schuld vor der jungen Generation auf sich.

Wer sich mit der nazistischen Vergangenheit vor Jugendlichen ehrlich auseinandersetzt, wird immer wieder ihre Aufgeschlossenheit und auch ihre innere Anteilnahme an dem Thema bemerken. Die vielen dankenswerten Maßnahmen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, um die Jugend mit dem Nazismus zu konfrontieren, fanden oft erfreuliches Echo. So berichteten Wiener Mittelschullehrer, daß Schüler und Schülerinnen nach dem

rigen Sohn herbei und forderte ihn zum Zuhören auf. Er wand sich unter Ihrer Dokumentation und fragte zum Schluß: »Ist es so gewesen?« Ich sagte ihm: »So war es, mein Junge — und ich habe alles gewußt.« Wir haben uns lange unterhalten, und mein Sohn fand Entschuldigungen für mich — etwa die Pistole, die ich einem jüdischen Studienkamerad gab —,

Dich ruft die Zeit

Nichts muß sein,
was Freiheit und Leben bedroht.

Besuch der KZ-Ausstellung „Ravensbrück“ oft still und in sich gekehrt oder auch weinend die Ausstellung verließen. Ähnliche Reaktionen junger Menschen waren nach dem Besuch des Films „Mein Kampf“ zu beobachten.

Wie rückhaltslos ehrlich junge und ältere Menschen sein können, wenn sie nur bereit sind, wirklich dem Problem der nazistischen Vergangenheit beizukommen, sollen zwei Beispiele zeigen. Beide stammen

aus der Bundesrepublik Deutschland, beide könnten auch aus Österreich sein. Bei einem gewerkschaftlichen Internatskurs schrieb ein Jugendlicher nach dem Besuch des Films „Mein Kampf“: „... So unschön es klingt, müssen wir froh sein, daß wir den Krieg verloren haben, denn wie würde es heute aussehen?“ Diese Frage, die dort ein

deutscher Jugendlicher stellt, geht auch uns an. Wie viele Erwachsene

— auch in unserem Land — haben sich diese Frage noch nicht gestellt? Denn es war weder unser Krieg noch der Krieg des deutschen Volkes, es war der Krieg der nationalsozialistischen Diktatur, der verloren werden mußte, sollte die Welt nicht in ein einziges großes KZ verwandelt werden.

Der deutsche Rundfunkkommentator Robert Neumann verlas in seiner Sendung „Ausflüchte unseres Gewissens“ den Brief eines Hörers, der es verdient, festgehalten zu werden: „Bei Ankündigung Ihrer Sendung rief ich meinen 14jäh-

aber ich mußte ihm bekennen: Es war viel zu wenig, ich hatte Angst, ich war allein, es war nicht genug.“

Aber wie viel ist es, wenn ein Vater heute den Mut findet, mit seinem Sohn so zu reden. Wie viel wäre es, wenn mehr Väter solche Worte fänden. Es wäre schon sehr viel, und es wäre fürwahr besser als das Schweigen.

Du,
wir alle

können es ändern.

Du hast viele Stimmen,
denn du mußt sie für viele erheben,
die keine Stimme erheben können.

Das ist deine Größe.

Das ist dein Mut.

Das ist deine Ehre.

Nur dadurch bist du ein Mensch.

Dich ruft dein Mitmensch.

Dich ruft die Zeit!

Atomrüstung und Sozialismus

(Fortsetzung)

Wenn der Rüstungswettlauf nicht beendet wird, werden bald viele Staaten Atomwaffen besitzen; zunächst Frankreich, Italien und die übrigen NATO-Länder, dann vielleicht Schweden und die Schweiz, afrikanische, asiatische, südamerikanische Länder. Die Atombewaffnung Westdeutschlands würde diejenige Ostdeutschlands, Polens und der Tschechoslowakei begründen helfen, und niemand kann annehmen, daß in einer solchen Welt China lange ohne Atomwaffen bleiben würde.

Der Atomkrieg als Folge eines Mißverständnisses, eines Wahnsinnsanfalles irgendeines Machthabers, eines technischen Gebrechens im Alarmsystem würde aus einer heute schon gegebenen Möglichkeit zu einer Wahrscheinlichkeit. Die „Realpolitiker“, die für die Fortsetzung der Atomrüstung eintreten — und es gibt viele, die daraus gar kein Geheimnis machen —, sind in ihrem Denken hoffnungslos in der Vergangenheit stecken geblieben. Um den Atomkrieg zu verhindern, bedarf es mehr als der Realpolitik: Es bedarf einer außerordentlichen geistigen Anstrengung, eines Umdenkens und Neudenkens, wie es Einstein gefordert hat, es bedarf der echten Weisheit.

Wer braucht die Rüstung?

Aber die Atomrüstung wird mit aller Macht vorangetrieben: Große und kleine, strategische und taktische Kernwaffen werden entwickelt, in Luft und Wasser patrouillieren Flugzeuge und U-Boote mit abwurf- und abschußbereiten Atom- und Wasserstoffbomben an Bord, die Zahl der Raketenbasen zu Lande wird täglich vermehrt. Wer hat ein Interesse daran?

Der Krieg zwischen den Kolossen würde gegenseitige Vernichtung bedeuten. Ihn mutwillig vom Zaun zu brechen, scheidet daher aus. Der ganze Sinn der Rüstung besteht darin, das errungene Gleichgewicht des Schreckens zu halten. Rußland kann niemals hoffen, Amerika militärisch zu besiegen. Aber Rußland befindet sich in einer Periode rascher technischer und wirtschaftlicher Entwicklung. Seine Machthaber hoffen — und Chruschtschow hat das auch offen ausgesprochen — den Westen technisch und wirtschaftlich zu überflügeln. Diese Möglichkeit ist durchaus real. Das russische Sozialprodukt ist vielleicht nur halb so groß als das amerikanische, aber es wächst viel rascher und ohne Unterbrechungen. Rußlands Industriekapazität und Arbeitskraftpotential sind voll ausgenutzt, soweit nicht organisatorische Unzulänglichkeiten hemmend wirken; es investiert verhältnismäßig mehr, und es investiert vor allem für langfristige Ziele. Rußland nützt aber auch sein Intelligenzpotential voll aus und setzt es in den vielversprechenden wissenschaftlichen und technischen Gebieten ein.

Amerika läßt trotz der Rüstungen immer noch einen Teil seiner Industrie- und Arbeitskraftkapazität brachliegen und leistet sich den Luxus der Vergeudung von Talenten (wenn es auch nicht ganz so schlimm ist als bei uns). Außerordentlich große Mittel werden in törichte Reklame, sinnlosen, ja schädlichen Luxuskonsum und modische Änderungen von Gebrauchsgütern zur künstlichen Steigerung des Bedarfs investiert. Damit wird zwar die Verschwendungswirtschaft einigermaßen in Gang gehalten, aber die Nation wird dadurch weder

Der spanischen Demokratie zu Hilfe

Zum 25. Jahrestag des Beginns des Bürgerkrieges in Spanien, den Franco an der Spitze von Marokkanern und Fremdenlegionären mit Hilfe des deutschen und italienischen Faschismus gegen die gewählte republikanische Regierung in Madrid führte, veröffentlichten wir einen Auszug aus dem Tagebuch eines Schutzbündlers, der als Freiwilliger nach Spanien gegangen ist.

Erwartungsvoll sind meine Augen auf das vorbeiziehende Gewirr von Lichtern und Reflexen im schwarzen Rechteck des Coupéfensters gerichtet.

Paris — die Gloriole der Französischen Revolution, die Stadt Robespierres, Dantons und Marats — der Jakobiner und „Madame Guillotine“, unter deren harter Schneide manch einer der Protestschreie für oder wider die Revolution im sprudelnden Blute erstickte, indes sich die Kraft der Revolution an Blutorgien berauschte, sich verzettelte und schließlich versiegte. Die Bastille — die Wiege der bürgerlichen Revolution —, zwischen alldem und mir liegen nur noch wenige Minuten.

Rasselnd und polternd brausen die Räder des Zuges über irgendeine Brücke, und ihr rhythmisches Stampfen gleicht einem Schlummerlied. Die Müdigkeit, als Folge der langen Fahrt, und der Vieltätigkeit der Eindrücke hat in mir ein eigentümliches Gefühl des Unbeschwertseins an all dem Geschwätz und Geplapper der französischen Zungen ringsum hervorgerufen. Von den Weltkriegserlebnissen und den Erinnerungen an die „Alma mater heidelbergensis“ des dicken, ehrwürdigen Bürgers von Paris — eines Privatiers oder Rentners von unbestimmbarem Charakter, jedoch voll echt französischer Höflichkeit — ist mir schon ganz dösig im Kopf. Seit er mit vielen anderen in Fontainebleau zugestiegen war, steht sein Mundwerk nun nimmer still.

Mit liebenswürdigem Lächeln läßt er ein Histörchen dem anderen folgen, und all das in dem den Franzosen eigenen, gesungenen Deutsch. Von den Kämpfen in den Vogesen, die er als Sergeant mitgemacht hatte, und seinen Erlebnissen im Verlauf der Marneschlacht, springt sein quellender Redestrom unvermittelt über zu Betrachtungen an dem deutschen Volke, wie er es während seiner Studien kennenlernte, und steht dann kritisch bei dem Problem der Kriegsschuldfrage, natürlich vom französischen Gesichtspunkt aus. Kein Wunder also, daß Kilometer und Stunden verfliegen. Und nun, da wir die Vororte von Paris gleichsam aus der Vogelperspektive an uns vorbeigleiten sehen, hat er sich vom Erzähler zum Fremdenführer durchgerungen; der Patriot scheint in ihm erwacht zu sein. Mit stolzer Miene und einer weitläufigen Handbewegung zeigt er uns Lichtinseln im Dunkel der Nacht und nennt uns deren Namen. Ohne es zu merken, ist er nun wieder Franzose geworden — mein Genfer Reisegefährte versteht ja, obwohl Tscheche, tadellos französisch — und gleich einer heroischen Symphonie klingt und singt es nur so in unserem Abteil von den „Là-bas, ici, à droite“ in Verbindung mit genannten Namen. Was mich betrifft, so verstehe ich, daß wir Bonneuil und Creteil passierten und rechter Seite Maison Alford anfahren, während sich links, entlang dem jenseitigen Ufer der Seine, die mehr zentralen Vororte Vitry und Ivry erstrecken.

Der Aufbruchswirbel, bisher von einzelnen besonders Eifrigen in Szene gesetzt, wird nun allgemein. Jeder sucht seine Gepäckstücke zusammen, um sie möglichst vorteilhaft am Ausgang bereitzuhalten. Alles drängt sich, beladen mit Kisten, Koffern und Körben, Rucksäcken und sonstigen Schätzen im Gang, das Gesicht einem der beiden Ausgänge zugewandt, als könnten dadurch die Minuten bis zur Ankunft verkürzt werden. Auch unser Spießbürger hat sich seiner Korbflasche bemächtigt — ich glaube, es ist sein Maßgetränk für den mittiglich-abendlichen Gottesdienst am Bürgertisch — und schließt sich nun, nicht ohne uns vorher seiner Gastfreundschaft versichert zu haben, den Wartenden an.

Inzwischen ist der Zug, über eine zahllose Menge von Weichen und Kreuzungen polternd, seine Fahrt ständig ver-

gesünder noch wirklich stärker und einflußreicher.

Wir müssen aus diesen Tatsachen folgenden Schluß ziehen: Wie niedrig auch immer der Startpunkt der Sowjetunion gewesen sein mag, wie ungeheuer auch die Opfer an Menschenleben und Menschenglück waren und noch sein mögen, wenn die gegenwärtigen Tendenzen in beiden Großmächten anhalten würden, müßte die Sowjetunion eines Tages die Vereinigten Staaten im friedlichen Wettbewerb überflügeln. Die Sowjetunion hat daher — da ihr ein Atomkrieg keinen Erfolg bringen kann — ein echtes nationales und politisches Interesse an der Aufrechterhaltung einer langen Periode ungestörter Entwicklung.

Welche Wirkung hätte nun eine Beendigung des Wettrüstens auf die wirtschaftliche Lage beider Staaten? Rußland muß die ungeheuren Kosten der Rüstung, die in absoluten Werten wahrscheinlich nicht hinter den amerikanischen Militärausgaben zurückstehen, aus einem viel kleineren Sozialprodukt tragen. Eine wesentliche Erleichterung wäre viel spürbarer und gäbe in der straff gelenkten und geplanten Wirtschaft die Möglichkeit einer kurzfristigen Umleitung der frei werdenden Mittel in langfristige Entwicklungsprojekte zur Erschließung der teilweise noch immer unterentwickelten Gebiete im asiatischen Teil des Landes, zum dringenden Wohnungs-, Schul- und Straßenbau und schließlich auch in die Konsumgüterindustrie, um schneller den großen, noch ungestillten Warenhunger decken zu können. Natürlich könnte auch mehr Geld für die politisch interessante, ja entscheidende Hilfe an die Entwicklungsländer aufgewendet werden. Die Aussicht, Amerika im friedlichen Wettbewerb zu überflügeln, wäre mit einem Schlag näher gerückt. Rußland hat daher nicht nur ein Interesse an der

Erhaltung des Friedens, es hat auch ein ebenso lebhaftes Interesse an einer echten Abrüstung.

Was würde die Abrüstung für Amerika bedeuten? Sicherlich können die Vereinigten Staaten die Rüstungslast viel leichter tragen, ja es gibt gar nicht wenige Amerikaner, die es für ein Glück halten, daß ein Teil ihres Industrie- und Arbeitskraftpotentials durch die Rüstung beansprucht wird. Nun wird zwar der Anteil der Rüstungsausgaben nur auf etwa zehn bis zwölf Prozent des Nationalprodukts geschätzt, aber mit den Multiplikatorwirkungen gelangt man doch zu etwa 30 Prozent. Die nichtgelenkte amerikanische Wirtschaft würde daher wenigstens vorübergehend in Umstellungsschwierigkeiten geraten, ja, sie müßte wahrscheinlich durch eine Periode beträchtlicher Arbeitslosigkeit und ernster Rückschläge gehen, bis der harte Druck einer aufgebrachten öffentlichen Meinung die Unternehmer dazu brächte, statt der für sie mühe- und risikolosen profitablen Rüstungsproduktion die Erzeugung notwendiger, viel weniger gewinnbringender Güter aufzunehmen und sich wie zu Roosevelts Zeiten staatliche Eingriffe gefallen zu lassen.

Zweifellos hat auch Amerika — so wie alle anderen Länder — ein lebenswichtiges Interesse an der Abrüstung, aber es gibt dort Gruppen von Macht und Einfluß, die durch eine solche Abrüstung hart getroffen würden, und es ist kein Wunder, daß sie jeden Gedanken an eine solche Möglichkeit empört als nationalen Verrat zurückweisen. (Schluß folgt)

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Rudolf Appel, Paul Blau, Karl Blei, Hans Dohrenbusch, Hein Hamacher (Köln), Kurt Horak, Wilhelm Krell, Beppo Manhart, Theodor Sambolek, Josef Schneeweß, Rudolf Trimmel.

langsamend, in das grelle Licht des „Gare Lyonnaise“ eingefahren und zum Stillstand gekommen. Die Coupés sind nun leer geworden, abgesehen von den Stößen zurückgelassener Zeitungen, und so schließen auch wir uns den letzten Aussteigenden an. Je mehr wir uns dem Ausstieg nähern, desto mehr wächst der Tumult und Lärm am Bahnsteig ins Ungemessene. Geschoben und gestoßen landen wir in der bewegten Masse; ich glaube, in einem Meer von Lauten und Geräuschen zu versinken. Gigantisch, wie die Ausmaße der Halle, sind die des Lebens hier. Freudige Ausrufe, durcheinander schnatternde Stimmen, das Schnalzen von Küssen und ängstliche Rufe von Müttern und Kindern, alles das beherrscht vom Pfeifen und Zischen des Dampfes und der Maschinen, dem Rollen und Poltern der Karren des „Messenger du baggage“. Wahrlich für einen armen Österreicher aus „kleinen Verhältnissen“ ein überwältigender Eindruck.

„Kommen Sie mit in die Restauration? Es ist besser, den Wirbel sitzend abzuwarten, außerdem — Sie werden ja auch hungrig sein, nach meinem Hunger gemessen“, so fragt mich gönnerhaft der Schweizer-Tscheche.

Ohne auch nur in Gedanken einen Widerspruch zu erwägen, folgte ich blindlings dem guten Rat meines Weltreisenden mit dem Badekoffer.

Wir schlängeln uns durch die schmalen Gänge zwischen den Tischen hindurch und ergattern eine kleine Loge am Rande des Vorgartens — gerade für uns berechnet — mit zwei Sitzen. So genieße ich — den Koffer auf dem Boden, in solidem Kontakt mit meinen Füßen — das Paris der Wirklichkeit: Das Auf und Ab der Menschen auf der anderen Seite der gekachelten und blumengeschmückten Barriere, die lange, ebenfalls gekachelte Theke mit den hingelümmelten Elementen, geschminkten Dämchen und Bahnhofsratten — friedlich vereint die Noblesse gleich neben der Gosse, beim mitternächtlichen „Apéritif“, gehüllt in Schwaden von Houbigants und Cotys Erzeugnissen — das Paris der Wirklichkeit.

Mein Gegenüber ist, wie ich bemerke, mit irgendwelchen Gedanken beschäftigt, und ich glaube auch zu wissen, welcher

Art diese Versonnenheit ist. Der Verdacht, daß wir den gleichen Weg auch über Paris hinaus haben, wird in mir immer mehr zur Bestimmtheit. Das kleine Kofferl, zur Hälfte gefüllt mit Handtuch, Seife und Zahnbürste; es spricht eine beredte Sprache.

Nach einer halben Stunde des Wartens, in der wir uns mit Kaffee und Kuchen gestärkt haben, beschließen wir, uns von einem Taxi in das von dem Franzosen rekommandierte Hotel fahren zu lassen. Doch die Sache ist gar nicht so einfach; wohl stehen viele Taxi vor dem Bahnhof, aber jedesmal, wenn mein Gefährte das Ziel nennt, geht in der Miene des Chauffeurs eine eigenartige Wandlung vor sich. Abweisende Kälte, ratloses und stotterndes Suchen nach Ausflüchten, wechseln mit unverhohlener, beleidigender Abweisung. So haben wir bereits drei oder vier Taxilenker abgeklopft und sind gerade dabei, dem nächsten unser beklammendes Ziel zu nennen — dem offenbar ein Makel anhaftet —, als ein Herr mit einem höflichen „Bon soir“ auf uns zutritt und, mit einer Geste zu den Chauffeursweisend, auf uns einspricht. Die Lage ist bald geklärt; sowohl von seiten meines Gefährten in französischer als auch von mir in deutscher Sprache, werden sie alle zur Hölle verdonnert. Doch vor allem aber als Vertreter der weltlichen Strafbehörde fordert der Herr in Zivil die Papiere des Chauffeurs, gibt ihm selbst ein kleines Zettel, und der Wagen haut ohne Fahrgast und Fahrtberechtigung ab. Mit einer höflichen Entschuldigung öffnet uns nun der Polizeiagent — als solcher hat er sich entpuppt — den Schlag des nächsten Taxis, gibt dem Lenker unser Fahrziel bekannt, und unter dem Auge der Obrigkeit fahren wir ab.

Ach, herrlich, endlich ein Bett und wieder schlafen. Das Federn der Polsterung läßt mich schweigen im Vorgefühl der kommenden Ruhe.

Wie mir mein Reisegefährte erklärt, wurde unser Mißgeschick von dem Beamten der Verkehrsüberwachung beobachtet und sofort bestraft. Der Chauffeur mußte den Wagen in die Garage bringen und darf für eine bestimmte Zeit nicht am Wagen angetroffen werden.

Es müßte etwas geschehen!

Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu der Deutschen Bundesrepublik in Österreich viele Dokumentarbücher über das Dritte Reich und die Greuel der Naziära im Buchhandel nicht erhältlich sind.

Rückfragen bei deutschen Verlagsgesellschaften, die diese für die Demokratisierung und für die Erziehung der Jugend wichtigen Bücher verlegen, ergaben, daß ihre Vertreter in Österreich allzuoft auf Ablehnungen seitens des Buchhandels stoßen. In vielen Fällen soll von den Buchhändlern offen erklärt worden sein: „Unser Leserpublikum will davon nichts hören.“ In anderen Fällen werden zwar von den Buchhändlern kleine Pro-forma-Bestellungen gemacht, doch die Bücher nicht ausgestellt und dem Leserpublikum nicht angeboten.

„Erinnerungsbücher“ über den Nationalsozialismus

Besonders häufig sind solche Praktiken in den Bundesländern, wo man solche wichtige Geschichtsbücher überhaupt nicht erhalten kann, da die Buchhändler es ablehnen, diese zu führen. Auf diese Weise wird der heranwachsenden Jugend das wahre Geschichtsbild über die unmittelbare Vergangenheit unterschlagen. Statt dessen verbreiten zahlreiche Buchhändler „Erinnerungsbücher“ verschiedener Nazigrößen, die versuchen, von dem Greuel des Naziregimes abzulenken und „positive Seiten“ im Nationalsozialismus zu finden.

Man scheint in Österreich viel zuwenig Aufmerksamkeit der Rolle zu schenken, die dem Buchhandel im Erziehungswesen und bei der Meinungsbildung zufällt. Es genügt, die Auslagen der Buchhandlungen in Österreich mit jenen in Deutschland und der Schweiz zu vergleichen, um gleich festzustellen, was alles bei uns dem Publikum vorenthalten wird. Es ist ja nicht richtig, daß das Publikum und besonders unsere Jugend „nichts davon hören will“. Vielmehr wahr dürfte sein, daß manche ehemaligen Nazi ein reges Interesse daran haben, die Greuel der Nazizeit so rasch als möglich und mit allen Mitteln vergessen zu lassen.

In Deutschland, aber auch in anderen Ländern werden Schriftenreihen, welche die Wahrheit über den Nationalsozialismus verbreiten, von den Schulbehörden, aber auch von verschiedenen Jugendorganisationen sehr stark verbreitet und finden viel Beachtung.

Ich muß feststellen, noch nie kam mir ein Urteil gerechter vor, wie diese auf der Straße gefällte Entscheidung.

Nach sehr kurzer Fahrt — der Beweggrund für das Verhalten der Chauffeure — kommen wir in einer finsternen Gasse bei unserem Hotel an. Es ist eines der vielen „Hotels garnis“, welche zufolge der Gleichheit der Namen ruhig als namenlos bezeichnet werden können.

Eine alte, ausrangierte „Dame“ macht uns die Honneurs. In ihr verwittertes Gesicht, das viel von der Vergangenheit erzählt, kommt manchmal ein Aufleuchten, als räche sie den herrlichsten Braten. Wenn der Vergleich auch gewagt ist, so traue ich mir doch die Phantasie zu, mich selbst — bildlich gesprochen — als den Braten zu sehen, der mindestens ordentlich gerupft werden soll, wenn schon das Essen selbst nicht mehr ganz so leicht ist. Bei der katzbuckelnden Höflichkeit, mit der sie uns die Zimmerchen anweist — verflucht — werde ich die Vorstellung von der Hexe in dem Knusperhäuschen nicht mehr los und — fasse nach der Geldbörse. Trübe Ahnungen, assoziiert mit der Vorstellung aus den Kindertagen, lassen mich zu dieser derart unvollkommenen Maßnahme greifen; unvollkommen deshalb, weil es ja an Hänischens Schicksal auch nichts geändert hätte, selbst wenn er sich hundertmal an die Taschen gefahren wäre. Jedes Jahrhundert hat eben seine besonderen Methoden; und die Methode unseres Zeitalters ist es eben, die Taschen des anderen zu plündern, ohne in diese selbst hineingreifen zu müssen. So macht es der Staat als oberste Behörde — und er trifft es so gut, daß er sich selbst in unter- oder überfaktierten Steuerbekanntnissen nicht wiederholt oder gar langweilt —, und so machen es viele, viele andere, die mit dem Staate wenig oder schon gar nichts mehr zu tun haben. Vielleicht als Folge der Gewöhnung kommt einmal die Zeit, da man selbst beim Anblick eines richtigen, blutsaugenden Räubers nicht mehr nach der Geldbörse faßt, um sie zu schützen; aus Fortgeschrittenheit oder Resignation. Mein Instinkt ist jedenfalls noch nicht korruptiert durch die Gewohnheit und darum...

An der Tür zu seinem Zimmer erwartet mich der „Inkassoreisende“ und reicht mir die Hand zum Abschied.

Und bei uns in Österreich? Man überläßt alles dem Buchhandel, dem blinden Zufall, und macht so vielfach den Bock zum Gärtner.

*

Weg mit den Kriegsheften

Sturmmann Bruinsvel sitzt auf dem Helm, die Zigarette im Mund und hat den Karabiner über das Schutzschild gelegt. Jedesmal, wenn er ihn absetzt, sagt er gelassen: „Bautz, wieder einer.“ — „Im ersten Einsatz explodierten vier Panzer unter den Hammerschlägen meiner Kanonen, bis zum Abend insgesamt zwölf. Uns alle packt eine Art Jagdleidenschaft aus dem herrlichen guten Gefühl, durch jeden Abschuß viel deutsches Blut gerettet zu haben.“ — „Zehn nimm ich allein, drei mit der Pistole, zwei trete ich gegen den Bauch und drei furze ich um.“ — „Ich habe ein heißes, gutes Gefühl, so wie nach einer gelungenen sportlichen Leistung.“ — „Der Krieg weckt Urkraft in seinen Menschen.“

Das sind Zitate aus jenen bunten Heften, die man heute fast an jedem Zeitungsstand findet. Nach den Wildwestserien und den Comics ist nun der Kriegsschund über uns herein gebrochen. Es sind vor allem zwei westdeutsche Verlage, die Serien produzieren, wie „Der Landser“, „Der Landser-Ritterkreuzträger“ und „Soldatengeschichten aus aller Welt“. Nach westdeutschen Untersuchungen sollen diese Kriegshefte bereits eine Auflage von mehr als zehn Millionen Exemplaren erreicht haben. Eine Umfrage bei Wiener Kolporturen hat ergeben, daß diese Hefte, die bei uns drei und sechs Schilling kosten, bei der Jugend reißend Absatz finden. In den Bundesländern ist die Situation nicht viel anders. Seit neuestem werden diese Hefte sogar noch mit beige packter Kunststoffschallplatte geliefert.

„Männer, mal herhören!“ sagt der Alte, nachdem „der Haufen angetreten ist.“ Zuvor hat sich „der Frachter zum Sterben fertig gemacht. Vielleicht werden sie alle schon in fünf Minuten bei Petrus anklopfen.“ „Es ist ihnen flau um die Rosette“, aber „sie rotzen den Briten so lange die Plautze voll“, bis er „abschmiert“ und bis sie „ihre Nerven austrasten lassen können“. Ja, und dazu spielt die beige packte Kunststoffschallplatte dann ein kerniges Seemannslied.

Die Verfasser dieser Art von „Kriegsliteratur“ schildern Helden und ihre tapferen, ritterlichen Taten, sie preisen sportliche Gewandtheit und Kühnheit des Soldaten. Der junge Mensch, der die Verkörperung seines Ideals, den todesmutigen Helden, losgelöst von grauenhafter Wirklichkeit geschildert bekommt, kann nach der Lektüre dieser Hefte nicht zu der Erkenntnis gelangen: Krieg ist eine unermeßliche Katastrophe. Er muß ihn vielmehr für eine Bewährungsprobe der Männlichkeit, für etwas „Großes“ halten. In der Darstellung dieser Hefte wird der Krieg abstrahiert von seinem historischen und gesellschaftlichen Hintergrund, von seinen verhängnisvollen Folgen und seiner sittlichen Problematik. Er erscheint als eine bloße Aneinanderreihung soldatischer Taten.

Wir tun den Soldaten aller Fronten unrecht, die mit gutem Gewissen, in Pflichterfüllung oder mit der fruchtlosen Einsicht in die Unmenschlichkeiten, jedenfalls nie befragt und immer hingeschlachtet, ihr Leben haben opfern müssen, wenn wir

„Es tut mir leid, daß ich mich schon zurückziehen muß, doch die Geschäfte morgen lassen mir nicht viel Zeit; außerdem, da ich unbedingt mittags schon wieder weiterreise, muß ich auch den frühen Morgen ausnützen, und da möchte ich Sie nicht stören. Es freut mich, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben. Also: Gute Nacht und einen schönen Erfolg! Vielleicht sehen wir uns wieder — irgendwo und irgendwann in der Welt.“

„Ebenfalls die gleichen Wünsche für Sie, und es liegt an mir, dem Zufall für die Bekanntschaft mit Ihnen dankbar zu sein. Ohne Sie...“

„Ach, keine Übertreibung — also: Auf Wiedersehen! Und vergessen Sie nicht, 15 Francs haben Sie zu bezahlen — keinen Centime mehr — man liebt es hier, vergesslich zu sein“, schärft er mir noch ein.

„Auf Wiedersehen!“ rufe ich ihm noch nach, ehe er in seiner Kemenate verschwindet. Bei dem Gedanken an das Wiedersehen am Place du Combate entringt sich mir ein Lächeln. Er hat sich nicht schlecht gehalten, hat gelogen, daß sich die Balken bogen; und ich erwarte, daß er nun ganz richtig und ehrlich abreist, wenn auch nur, wie ich sicher bin, für kurze Zeit; nur hätte er bedenken sollen, daß der morgige Tag, der Tag, den er zu geschäftlichen Vorhaben, Inkasso und ähnlichen Dingen benützen will, ein — Sonntag ist. Ein Sonntag, der überall — auch in Paris — gefeiert wird.

Eine Viertelstunde später, gerade da ich vom Mansardenbalkon aus die Dächer und Giebel von Paris im Silberlicht des Mondes bewundere, höre ich meinen Mann die Treppe hinuntereilen, und sehe ihn — wahrscheinlich auf dem Weg zur Abwicklung eines seiner Geschäfte — in dem dunklen Gäßchen verschwinden. Klappernd hält der trippelnde Schritt von auf- und abwandelnden Schönen die Enge des Gäßchens zu mir herauf. Langsam verhallt er irgendwo, dann ist's wieder still.

Kalte Nachtluft streicht über mich hinweg, da ich am Balkon stehend den Blick über das silberflirrende Meer von Dächern richte.

Reise-
scheck

Unsere guten Dienste

Valuten
Zerissen



Wert-
papiere

ARBEITERBANK AKTIEGESELLSCHAFT WIEN

Kredite

Wien
I, Seitzergasse 2-4
Tel. 63 17 51
I, Fleischmarkt 1
IV, Rechte Wienzeile 37

GRAZ • INNSBRUCK • KLAGENFURT • LINZ • WNEUSTADT

umfassen nicht nur die Beschaffung und Annahme aller Reisezahlungsmittel, sondern auch eine vollständige Betreuung und Beratung in jeder Geldangelegenheit sowie die Durchführung aller Bankgeschäfte.

sie vergessen. Wir tun ihnen unrecht, wenn wir es zulassen, daß ihr entsetzliches Verenden, ihre unbeschreiblichen Qualen und Gewissensängste wiederum umgefälscht werden in ein erfülltes Heldenleben, in einen freudig angenommenen Heldentod.

Der Österreichische Städtebund und die österreichische Bischofskonferenz haben erst vor kurzem gewarnt, daß die Öffentlichkeit der schweren Gefährdung unserer Jugend durch die steigende Verbreitung der Schund- und Kriegsliteratur weiterhin tatenlos gegenübersteht.

Was könnte dagegen getan werden?

„...kann mit seinen Forschungen beginnen“

In den Berichten aus Jerusalem über den Eichmann-Prozess ist auch kurz erwähnt worden, daß Eichmann bestreitet, jemals etwas mit den für die Schädel- und Skelettsammlung des Professors Hirth an der Straßburger Universität beschafften Leichen von KZ-Häftlingen zu tun gehabt zu haben. Dieser wohl grauenhafteste Vorgang von Menschenexperimenten und Verbrechen in Konzentrationslagern ist bisher in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekanntgeworden.

Es sind aber einige Dokumente erhalten geblieben. So schrieb ein SS-Standartenführer Sievers im Herbst 1942 an den SS-Obersturmbannführer Eichmann einen Brief. Darin fordert Sievers von Eichmann die Überführung von Juden und Jüdinnen aus dem Konzentrationslager Auschwitz in das Lager Natzweiler. Worum es hier ging, ist aus einem weiteren Brief des SS-Professors Hirth vom 9. Februar 1942 an Himmler ersichtlich:

„Sicherstellung der Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zur wissenschaftlichen Forschung an der Reichsuniversität Straßburg.“

Im Nürnberger Ärzteprozeß hat der damalige Kommandant des Konzentrationslagers Natzweiler, Kramer, folgendes unter Eid aussagt:

„Zu Beginn des August 1943 erhielt ich die 18 Insassen, die mit Gasen getötet werden sollten, die mir von Hirth übergeben worden waren. Eines Abends ging ich zur Gaskammer mit einem kleinen Wagen, es war ungefähr neun Uhr, mit ungefähr 15 Frauen das erste Mal. Ich sagte zu diesen Frauen, daß sie in den Desinfektionsraum gehen müßten; aber ich sagte ihnen nicht, daß sie vergiftet werden sollten. Mit Hilfe einiger SS-Leute kleidete ich sie vollständig aus, schob sie in die Gaskammer, als sie völlig nackt waren. Als die Tür verschlossen war, fingen sie an zu brüllen.“

Kramer berichtete dem Gerichtshof in Nürnberg im Verlauf seiner Einvernahme weiter:

Wir haben mit einem Vertreter des Buchklubs der Jugend gesprochen, der sich speziell mit dieser „Literatur“ beschäftigt. Seiner Meinung nach sollte man dem schändlichen Mißbrauch, der hier mit dem Begriff der demokratischen Freiheit getrieben wird, durch die strenge Anwendung der bestehenden Gesetze, aber auch durch deren ehesten Ausbau entgegen-treten, damit die weitere Einfuhr und der Vertrieb dieser Machwerke, die die geistige und seelische Entwicklung unserer Jugend unheilvoll zu beeinflussen drohen, tatkräftig unterbunden werden kann. In Westdeutschland, wo man die Gefahr bereits erkannt hat, wurde vom Bundestag eine Verschärfung des Jugendschutzgesetzes beschlossen, wonach „unsittliche, verrohend wirkende, zur Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß anreizende sowie den Krieg verherrlichende oder verharmlosende Schriften“ als jugendgefährdendes Schrifttum gelten.

Man soll aber nicht nur verbieten. Die Jugend liebt die knallige Aufmachung, die Buntheit, die Spannung, auch wenn sie so primitiv ist wie in den Kriegsschundserien. Es ist erfreulich, daß ein angesehener Wiener Verlag für Jugendliteratur eine Serie von Jugendheften herausbringen will, die spannend in der Form, aber wahrheitsgetreu und ehrlich über die Zeitgeschichte der letzten fünfzig Jahre, also auch die Geschehnisse der beiden Weltkriege, schildern soll.

Wenn dies alles geschieht, dann würde endlich den kommerzialisierten Jugendvergiffen das Handwerk gelegt!

Ein Kernmayr-Buch unschädlich gemacht

Aus einem vor einiger Zeit erschienenen schriftlichen Erkenntnis geht hervor, daß das Kreisgericht Wels auf Antrag der Staatsanwaltschaft den Verfall und die Unbrauchbarmachung der Druckschrift „Die Uhr blieb stehen“ von Erich Kern — recte Kernmayr — ausgesprochen hat. Der Buch- und Kunstdruckerei Welsermühl wurde aufgetragen, die Kosten des Verfahrens zu ersetzen.

Wie es in der Urteilsbegründung heißt, könnte der oberflächliche Leser des 348 Seiten umfassenden Buches, das die letzten Tage in Wien schildert, den Eindruck bekommen, es handle sich um eine objektive Darstellung von historischen Tatsachen. Wer sich aber genauer mit dem Buch befaßt, erkennt alsbald, daß hier die Tat der Widerstandskämpfer gegen das Hitler-Regime gebrandmarkt werden sollte, während die Druckschrift jenen deutschen Soldaten verherrlicht, der sich als williges Instrument Hitlers gezeigt hat.

Wie das Gericht feststellt, hat die Widerstandsbewegung nicht nur die Ziele des NS-Regimes durchkreuzt, sondern in heroischer Gesinnung auch unsinniges Blutvergießen in den letzten Kriegswochen verhindert.

Der Verfasser des Buches befindet sich außer Landes und konnte daher nicht zur Verantwortung gezogen werden.

„Ich habe gesehen, daß diese Frauen ungefähr noch eine halbe Minute geatmet haben, bevor sie auf den Boden fielen. Nachdem ich die Ventilation innerhalb des Schornsteins in Bewegung gesetzt hatte, öffnete ich die Türen. Ich fand diese Frauen leblos am Boden liegen und sie waren voll bedeckt mit Ausscheidungen. Am nächsten Morgen sagte ich zu den Krankenpflegern der SS, die Leichname in einen Wagen zu legen — es war ungefähr um 5.30 Uhr —, damit sie in das Anatomische Institut gebracht werden konnten, so, wie mich Professor Hirth gebeten hatte.“

Dieses grauenhafte Verbrechen wickelte sich fast verwaltungstechnisch formal ab. SS-Standartenführer



Paragrafen statt Menschlichkeit

Zu dem Beitrag, der unter dem Titel „Paragrafen statt Menschlichkeit“ in der Nummer 10 bis 12/1960 unserer Zeitung erschienen ist und der sich mit dem noch immer nicht zufriedenstellend erledigten Problem der Pensionisten der früheren österreichischen Hauptanstalt für Angestelltenversicherung beschäftigt hat, teilen wir auf mehrere Anfragen mit, daß die Angelegenheit nunmehr vor den Obersten Gerichtshof gebracht worden ist. Eine Entscheidung ist allerdings noch nicht ergangen, und wir werden zeitgerecht darüber berichten.

Sievers wünscht von SS-Obersturmbannführer Eichmann Schädel von jüdisch-bolschewistischen Kommissaren zur wissenschaftlichen Forschung des SS-Professors Hirth. Eichmann läßt die bedauernswerten Opfer in das Konzentrationslager Natzweiler überführen; der dortige Kommandant bringt die Menschen eigenhändig um, und Professor Hirth konnte mit seinen Forschungen beginnen.

Die große Wandlung

Wenn man vor drei oder vier Jahren gelegentlich in einer Gesellschaft davon sprach, während des Krieges seien in Polen oder Rußland Massenerschießungen von Juden und anderen Gefangenen durchgeführt worden, konnte es einem passieren, daß man indigniert darauf aufmerksam gemacht wurde, man mache sich entweder die Argumente der „kommunistischen Propaganda“ oder die Behauptung „antideutscher jüdischer Umtriebe“ zu eigen. Das ist jetzt anders geworden, denn nachdem von der Ludwigsburger Zentralstelle etwa 900 Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Ausland eingeleitet werden mußten, schweigt man sich in gewissen Kreisen sorgfältig über diese Verbrechen aus.

Auch einige Prozesse der jüngsten Zeit haben etwas Klärung in das Dunkel der Vergangenheit gebracht. In diesen Prozessen war es nicht möglich, die schrecklichen Tatbestände zu verschleiern, und wenn man sich auch gelegentlich auf den „Befehlsnotstand“ zurückzog, so mußte doch das Faktum der Massenerschießungen selbst zugegeben werden.

Gerade in diesen Tagen sagte der frühere Wehrmachtsoffizier Dr. Hornig als Zeuge im Münchener „Bradfish-Prozeß“ aus:

„Meine Unterführer waren dankbar, daß ich sie aus dem Massenmorden herausgehalten habe.“

Kein anderer Zeuge und auch kein Angeklagter hat es gewagt, abzustreiten, daß unschuldige Menschen in Massen und mit größter Grausamkeit ermordet worden sind.

Ludwigsburger Zentralstelle beendet 1963 ihre Arbeit

Rund 900 Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Ausland sind zur Zeit eingeleitet und bereits zu mehr als zur Hälfte den örtlichen Staatsanwaltschaften zur Anklageerhebung übergeben worden. Das erklärte Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, der Leiter der Zentralstelle der Länderjustizminister zur Verfolgung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Ludwigsburg vor Studenten und Professoren der Bonner Universität.

Allein zur Verfolgung der Verbrechen im Konzentrationslager Auschwitz werden gegen 950 Beschuldigte Ermittlungen geführt. Neun weitere große Untersuchungen werden von der Zentralstelle zu Vorgängen in den Vernichtungslagern während des Krieges angestellt. In etwa zwei Jahren wird die 1958 gegründete Zentralstelle, die mit einem Oberstaatsanwalt, zehn Staatsanwälten und Richtern besetzt sei, ihre Arbeit beenden können.

Die Alliierten haben die Frage der politischen Gewaltverbrechen keineswegs gleich nach dem Kriege bereinigt. Nach 1945 sind vor alliierten Militär-Tribunalen der Westzone 2545 derartige Verfahren mit 896 Verurteilungen und 227 Freisprüchen abgeschlossen worden. Vor deutschen Gerichten allein in Baden-Württemberg sind aber von 1945 bis 15. März 1961 noch 604 solcher Verfahren mit 1508 Beschuldigten und 585 Verurteilungen anhängig gewesen, während in Bayern im gleichen Zeitraum 1013 Verfahren mit 632 Beschuldigten durchgeführt worden sind, die zu 1986 Verurteilungen und 696 Freisprüchen geführt haben. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bundesländern. Noch viele Mörder sind unter uns, die zur Rechenschaft gezogen werden müssen, wenn wir in der Bundesrepublik als Rechtsstaat bestehen wollen, erklärte Oberstaatsanwalt Schüle in seiner Rede. Den Befehlsnotstand höherer Führer darf man nicht überbewerten, da nach einem in den USA vorliegen-

den Archiv von den SS- und Polizeigerichten kein einziges Todes- oder Gefängnisurteil für Befehlsverweigerungen bei Massenerschießungen oder ähnlichen Gewaltmaßnahmen in der Kriegszeit verhängt worden sei.

In der Sowjetzone sind bislang nur Verfahren wegen Gewaltverbrechen im Konzentrationslager Buchenwald und der „Einsatzgruppe 4 A“ bekannt geworden, während sonst eine Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrecher durch ordentliche deutsche Gerichte dort offenbar nicht durchgeführt wird.



**Zeugen gegen SS-Mann
Heinrich Hamann gesucht**

Der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht in Bochum führt zur Zeit die gerichtliche Voruntersuchung gegen den früheren SS-Hauptsturmführer und Kriminalkommissär Heinrich Hamann, geboren am 1. September 1908 in Bordesolm/Rendsburg, sowie den früheren SS-Oberscharführer und Kriminalangestellten Paul Anton Denk, geboren am 2. Februar 1908 in Stuttgart. Beide SS-Leute sind angeklagt, für die Ermordung von zahlreichen Juden in Neu-Sandetz (Distrikt Krakau, Polen) und in den umliegenden Orten Alt-Sandetz, Limanowa, Grybow und Mszana-Dolna verantwortlich gewesen zu sein. Ebenso sollen sie bei der Vergasung von Juden oder sonstigen Vernichtungsmaßnahmen wesentliche Beihilfe geleistet haben.

Zeugen werden gebeten, sachdienliche Angaben an den Untersuchungsrichter beim Landgericht Bochum (Aktenzeichen 16 Js 84/60) oder an uns zu richten.



Wer erinnert sich an Willi Keller?

Genossen, die Willi Keller kennen, werden ersucht, sich zu melden oder uns zu schreiben. Die wesentlichen Daten aus dem Leben Kellers sind der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Geboren zu Penitz, Kreis Görlitz, am 5. September 1902; 1916 Glasbläser; 1939 in Rauscha gewohnt und in Halbau gearbeitet; 1942 im September zur Wumag in Breslau als Wachmann dienstverpflichtet; 1943 im Dezember zum KZ Sangershausen versetzt und dort Dienst verweigert. Durch die Mühle der Gestapo gegangen usw. Vor dem Wehrmachtsgesicht in Berlin nach mehreren Verhandlungen freigesprochen und zum Volksturm gekommen.

Seit der Zeit ist Willi Keller, der als politisch Verfolgter anerkannt ist, krank. Er klagt beim Landgericht Düsseldorf gegen die Landesrentenbehörde.

Es wäre wichtig, zu erfahren, ob Keller durch seine Verpflichtung als Wachmann auch der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen als Mitglied angehört hat. Und es werden Zeugen gesucht, die bekunden können, daß er sich immer einwandfrei betragen hat.

Alle Nachrichten werden der schnelleren Durchgabe wegen besser gleich direkt erbeten an das Landessekretariat politisch verfolgter Sozialdemokraten NRW, Düsseldorf, Flingerstraße 3.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Zum Fall Schönpflug

Von vielen Schreiben, die sich mit dem Fall Schönpflug beschäftigen, wollen wir hier lediglich drei abdrucken, in denen sich die Schreiber zu Sprechern von vielen Genossinnen und Genossen gemacht haben.

Beschämend

Daß sich bei der Wolfsegg-Traunthaler Leute fanden — (oder waren es Schönpflugs „Kameraden“?) —, die für diesen Folterknecht und Massenmörder eine Betriebssammlung durchführten, ist beschämend. Wenn diese Sammlung auch nicht vom Betriebsrat veranstaltet wurde, so sind dessen Mitglieder doch mitverantwortlich, daß diese Sammlung durchgeführt werden konnte. Hat denn niemand im Betrieb den Mut gehabt, diese Schandsammlung zu verhindern?

Der Massenmörder des „1000jährigen Reiches“ hatte noch die Frechheit, einen sozialistischen Landtagsabgeordneten, also einen Mandatar unserer Republik, zu seinem Verteidiger zu wählen. Bedauerlicherweise hat dieser auch die Verteidigung übernommen und sie erst unter dem Druck der Proteste schließlich zurückgelegt.

In Leserzuschriften zum Schönpflug-Prozeß fragten mehrere Genossen: Wie war es möglich, daß ein Mann mit solcher Vergangenheit Personalchef in einem verstaatlichten Betrieb werden konnte? Es wird ja hoffentlich nur ein unglücklicher Zufall sein, daß auch ein anderer bekannter SS-Offizier, Skorzeny, von einem verstaatlichten Betrieb einen schönen Job im faschistischen Spanien bekommen hat. Hoffentlich gibt es nicht noch mehrere Prominente dieser Sorte in der Verstaatlichten...

Leider ist Schönpflug nicht der einzige Mörder, der 16 Jahre lang unter uns lebte. Da sind noch die Nowak, Rojko und andere „höhere Befehlsempfänger“, die erst jetzt vor Gericht gestellt wurden und hoffentlich ihre verdiente Strafe erhalten.

H. G. (Wien)

*

Soweit ist es gekommen

Als ich die verschiedenen Notizen in der Sache des SS-Offiziers und nachmaligen Personalchefs der Wolfsegg-Traunthalwerke, Schönpflug, las, packte mich teils Zorn, teils Entsetzen.

Wie war denn so etwas möglich? Und wer ist für die Einstellung dieses Mannes verantwortlich zu machen? Noch dazu in einem verstaatlichten Unternehmen! Diese Sache muß unbedingt geklärt werden und ist noch wichtiger als die Frage der Geldsammlung für diesen Verbrecher.

A. N. (Wien)

*

Nochmals: Der Fall Schönpflug

Die Urheber des Nationalsozialismus hatten die Forderungen aus ihrer verbrecherischen Rassentheorie nur deshalb in die Praxis umsetzen können, weil sich Menschen fanden, die die Befehle zum Mord an „rassisch Minderwertigen“ erteilten, weitergaben oder durchführten.

Vor allem kann ein Argument, das von vielen ehemaligen Mitläufern vorgebracht wird, von den Schönpflugs wirklich nicht geltend gemacht werden: daß sie nämlich von den ungeheuren Verbrechen des NS-Regimes nichts gewußt hätten.

Eine gewisse Sorte von Zeitgenossen, die bei jedem Mord, der von einem krankhaft veranlagten, geistig

defekten Menschen begangen wird, nach der Todesstrafe schreit — ist imstande, für einen Nazi, der ja „Menschen einer minderwertigen Rasse“ umgebracht hat, zu sammeln. Es würde mich wundern, wenn es im Fall Dr. Schönpflug anders gewesen sein sollte.

O. L. (Wien)

Unser Bund hat im Fall Schönpflug sowohl an den Bundesminister für Justiz, Genossen Dr. Broda, als auch an den BSA geschrieben und die beiden Schreiben auch dem Parteivorstand zur Kenntnis gebracht.

*

Ein Brief aus Mexiko

Werte Genossen:

Ich habe Euren Brief vom 1. März und das Diplom erst jetzt erhalten und habe keine Erklärung für die Verspätung. Selten noch hat mich eine Botschaft aus Wien so bewegt; wir sind also doch nicht vergessen und ich schätze diese Geste besonders hoch. Ich lese die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Zukunft“, aber das ist eigentlich mein ganzer Kontakt mit der Bewegung. Und wenn nun so ein Brief kommt, in dem mir bescheinigt wird, was ich all die Jahre gefühlt habe: daß ich doch immer noch dazu gehöre, dann entsteht wieder das alte Heimweh nach Wien, nach Euch allen, meine Genossen und nach der Bewegung.

Trotz der großen Entfernung die nun zwischen uns liegt, verfolge ich mit Spannung, mit Aufregung, oft mit Freude und großer Genugtuung, alles was in unserer Bewegung, unserer Heimat vor sich geht. Ich bin mit Euch stolz auf all das Große, das Ihr geschaffen habt.

Akzeptiert bitte meinen Dank für Diplom, Abzeichen und das herzliche Schreiben. Euch allen, meine Genossen, meine besten Wünsche für Eure schwere Arbeit, und möge Euch die Zukunft noch viele große Erfolge bringen. Ich bleibe mit „Freundschaft“ Euer

Ph. M. (CUERVANACA)

Wir haben uns über diesen Brief sehr gefreut und dem Genossen Müller — er hat ihn uns geschickt — geschrieben, ob er mit der Veröffentlichung in unserer Zeitung einverstanden wäre. Und nun sagt uns die Antwort, daß wir nicht nur den Brief abdrucken, sondern darüber hinaus auch die volle Adresse veröffentlichen mögen, weil Genosse Müller hofft, daß er manchen

in allen
Geldfragen
berät und hilft
ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN
41 ZWEIFG-  ANSTALTEN

Kontakt mit Genossen hier wieder aufnehmen könnte, der im Laufe der Zeit verloren worden ist. Und hier ist die Anschrift: Philipp Mueller, Apartado 430, Cuernavaca, Mexiko, C. A.

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Simmering

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Simmering hat ihre diesjährige Jahresversammlung am 9. Mai 1961 abgehalten; Obmannstellvertreter Genosse Janak eröffnete die Versammlung. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Genossen Tamerler und Baumann, Genosse Tamerler war ein Kämpfer für die Freiheit und die Sache des Sozialismus und hat als Schutzbündler, aber auch später immer jederzeit seinen Mann gestellt. Genosse Baumann hat schon als Lehrling die Arbeiterjugend zu organisieren begonnen. Genosse Janak schilderte sein aktives Wirken in der Partei bis zum Jahre 1934, seine Verhaftung und Inhaftierung, seine Wahl zum Obmann der Bezirksgruppe im Jahre 1952 und sein aufrechtes Eintreten für die Freiheit.

Dann erstattete der Vorsitzende den Bericht für das abgelaufene Berichtsjahr. Weitere Berichte des Kassiers und der Kontrolle wurden zur Kenntnis genommen, und der Antrag auf Entlastung einstimmig angenommen.

Bei den darauffolgenden Neuwahlen wurden folgende Genossen gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Johann Janak;
- 2. Obmann: Genosse Richard Weis;
- 1. Kassier: Genosse Rudolf Wolf;
- 2. Kassier: Genosse Karl Fajfrzik;
- Kontrolle: Die Genossen Viktor Zamencik und Hans Kratky.

Genosse Holzer dankte für die Einladung als Delegierter der Bezirksorganisation und sprach über die politische Lage. Er wies auf die Regierungsumbildung, ihre Ursachen und die Auswirkungen hin. Der heikelste Punkt sei die Finanzlage des Bundes. Die Sozialisten sind mit diesem Problem sehr maßgeblich beschäftigt. Er erläuterte sodann die Verabschiedung der 12. Novelle, und wenn diese auch nicht einen sofortigen Erfolg zeitigte, so werde darauf gedrungen werden, die Erledigung nicht in die Länge zu ziehen. Wenn unser

Einsatz in der Vergangenheit nicht vergebliche Mühe gewesen ist, so darf unser Einsatz für Freiheit, Frieden und Sozialismus heute noch weniger erlahmen. Bei dieser Gelegenheit wurden verdienten Freiheitskämpfern Gedenkblätter überreicht.

*

Karl Baumann †. Unser Freund und langjähriger Obmann der Bezirksgruppe Simmering Genosse Karl Baumann ist am Freitag, dem 14. April 1961, nach langem schwerem Leiden im 77. Lebensjahr gestorben. Schon als Lehrling hat er mit der Organisation der Arbeiterjugend in den Bezirken Margareten und Favoriten begonnen. Viele Jahre war er Obmann der Jugendlichen Arbeiter des Bezirkes Favoriten und gehörte auch dem Verbandsvorstand an. Mit der Einziehung zum aktiven Militärdienst mußte er die Ausübung seiner Funktionen unterbrechen. Nach seiner Entlassung war seine Berufsausübung wieder nur von kurzer Dauer, denn mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges mußte er wieder seiner Soldatenpflicht nachkommen. Den Feldzug machte er auf dem russischen Kriegsschauplatz mit, bis er in Kriegsgefangenschaft geriet. Nach seiner Rückkehr ins Zivilleben wurde er in der Partei ein rühriger Mitarbeiter und Referent der Bildungszentrale.

In vielen Vorträgen und Versammlungen der Arbeiterjugend, in den Sektionen aller Wiener Bezirke sowie den Lokalorganisationen in den Bundesländern hat er, immer wieder angefordert, viel zur Verbreitung der Ideen des Sozialismus beigetragen. Bei den Freidenkern zählte er zu den Spitzenreferenten, und es gab für ihn wenige freie Abende oder Sonntage.

Nach dem 12. Februar 1934 hatte Genosse Baumann in seinem Geschäftslokal, in welchem er einen Elektro- und Radiohandel betrieb, ein Depot für die Revolutionären Sozialisten eingerichtet. Er wurde später verhaftet und mußte mehrere Monate Haft auf sich nehmen. Nach dem zweiten Weltkrieg war er wieder ein eifriger Mitarbeiter in der Partei, und im Jahre 1952 wurde er zum Obmann der Bezirksgruppe Simmering unseres Bundes gewählt.

Bei der Trauerfeier im Krematorium hat Genossin Jochmann seiner Verdienste in dankbaren Worten gedacht. Ein Leben voll Idealismus für den Sozialismus und für die Freiheit ist erloschen. Wir werden unserem Genossen Baumann ein ehrendes Gedenken bewahren.

Währing

Rudolf Grasinger †. Am Mittwoch, dem 30. August 1961, starb nach kurzem schwerem Leiden unser langjähriger Funktionär Genosse Rudolf Grasinger. Er ist im 69. Lebensjahr gestanden. Die Kremation fand am Montag, dem 4. September 1961, um 11.30 Uhr im Krematorium der Stadt Wien statt. Die Beisetzung der Urne erfolgte Donnerstag, den 7. September 1961, um 12.30 Uhr auf dem Neustifter Friedhof.

Unser teurer Toter, ein echtes Wiener Kind, kam aus einer alten revolutionären Arbeiterfamilie. Nach seinen Schul- und Lehrjahren trat er, wie konnte es anders sein, in die Jugendbewegung ein und kam dann in die Partei.

Nach dem ersten Weltkrieg widmete er sich in selbstloser Weise dem Aufbau von Gewerkschaft und Partei. Sein eigentlicher Arbeitsboden blieb immer der Bezirk Währing, gleich in welcher Arbeiterorganisation er auch immer tätig war. Er war ein freundlicher, immer hilfsbereiter Genosse, ein revolutionärer Kämpfer, der auch in den Zeiten des Faschismus manches erdulden mußte, doch nie den Mut und das Selbstvertrauen verlor. Wir werden ihn sehr vermissen.

Wir danken unserem Genossen Grasinger für seine Arbeit, seine Tatkraft, für sein ganzes Wirken und geloben sein Andenken zu ehren, indem wir in seinem Sinne für das Proletariat und den Sozialismus weiterkämpfen.

Wir werden Rudolf Grasinger niemals vergessen!

Floridsdorf:

Franz Weihs †. Am Mittwoch, dem 31. Mai, starb Genosse Franz Weihs nach langem schwerem Leiden im 79. Lebensjahr.

Die Bezirksgruppe Floridsdorf verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934. Er war einer derjenigen, die keinen Moment zögerten, als es galt, die Rechte der arbeitenden Menschen und die Republik zu verteidigen. Am Mittwoch, dem 7. Juni, fand auf dem Jedleseer Friedhof um 15.45 Uhr die Beerdigung statt.

Die Bezirksgruppe war durch eine Abordnung vertreten und legte am Grabe Blumen zum Gedenken nieder. Wir werden unseren Genossen Franz Weihs niemals vergessen!

*

Josef Kuba †. Am Sonntag, dem 25. Juni, verstarb Genosse Josef Kuba nach kurzem schwerem Leiden im 61. Lebensjahr. Die Bezirksgruppe verliert mit ihm einen treuen und verlässlichen Kämpfer. Er war einer von jenen, die alles daran setzten, wenn es galt, die Rechte der arbeitenden Menschen und die Demokratie zu verteidigen.

Am Donnerstag, dem 29. Juni, fand auf dem Strebersdorfer Friedhof um 15.45 Uhr die Beerdigung unter zahlreicher Beteiligung seiner vielen Freunde statt. Genosse Blei hielt dem verstorbenen Genossen einen tiefempfundenen



Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbühereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbüherei!

Die Betriebsbühereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Nachruf. Als Symbol des Gedenkens senkte sich die Fahne, und die Anwesenden verweilten eine Minute in tiefer Trauer. Wir werden seinen Einsatz und sein Wirken niemals vergessen.

*

Exkursion ins Ölgebiet. Am Montag, dem 19. Juni, veranstaltete die Bezirksgruppe Floridsdorf eine Exkursion in das Erdölgebiet. An dieser Autobusfahrt nahmen 32 Genossinnen und Genossen teil. Die Führung durch die Werke Auerstal, Matzen und Prottes wurde von Ing. Gangl in vorbildlicher Weise geleitet. Man hörte und sah Dinge von der Gewinnung des Erdgases und Öles sowie von der Aufbereitung, die sich ein Laie gar nicht vorstellen kann. Um 13 Uhr wurden wir in Gänserndorf, im Hauptwerk, vom Leiter, Di-



plomkaufmann Körner, herzlichst begrüßt und zu einem Mittagessen eingeladen, das im Speisesaal des Werkes eingenommen wurde. Nachher wurde uns noch das Werk selbst gezeigt.

Nachdem wir uns noch herzlich bedankt hatten, wurde die Heimfahrt angetreten, und um 15.30 Uhr waren wir wieder in Floridsdorf. Den Teilnehmern an dieser Exkursion wird der Tag eine schöne Erinnerung bleiben.

*

Trauerkundgebung. Ein Jahr ist vergangen, seit unser alter treuer Freund und guter Genosse Anton Niederle von uns gegangen ist und wir ihn zur letzten Ruhestätte im Urnenhain des Wiener Krematoriums begleitet haben.

Aus Anlaß des ersten Jahrestages des Todes unseres Toni trafen sich die Genossen der „Eiferfreunde“ am Sonntag, dem 17. Juni, um 10 Uhr bei der Urnennische, um eine Gedenkfeier abzuhalten. Genosse Karl Blei hielt die Gedenkrede, die von den anwesenden Genossinnen und Genossen tiefempfunden wurde. Als Symbol des Gedenkens wurde bei der Nische ein Kranz niedergelegt, und die Teilnehmer verweilten eine Minute in tiefer Trauer.

Die Feier wurde mit dem Spruch: „Niemand vergessen!“ beendet.

*

Kundgebung in Mödring. Anlässlich der Gedenksteinenthüllung am 3. September in Mödring bei Horn für den in den letzten Kriegstagen von der SS ermordeten Genossen Isidor Wozniczak veranstaltete die Bezirksgruppe Floridsdorf des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus eine Autobusfahrt.

Nach der Feier wurde die Fahrt über Altenburg und Rosenberg durch das herrliche Kampptal nach Langenlois fortgesetzt, wo wir mit unseren Mitgliedern und den anderen Genossen, die an der Fahrt teilnahmen, ein paar Stunden in gemütlichem Beisammensein verbrachten.

Um 18.30 Uhr wurde die Heimfahrt angetreten, die über Stockerau, Korneuburg, Großjedlersdorf wieder nach Floridsdorf zurück führte. Dieser Tag wird den Teilnehmern eine immerwährende Erinnerung bleiben.

An dieser Fahrt, die mit zwei Autobussen durchgeführt wurde, nahm die Bezirksgruppe Floridsdorf mit 71 Genossinnen und Genossen teil. Die Bezirksgruppe Donaustadt hatte sich mit dem Obmann Genossen Otto Huschak an der Spitze, mit einem Autobus und 38 Teilnehmern unserer Bezirksgruppe angeschlossen. Alle Genossinnen und Genossen waren mit dem Ablauf der Fahrt sehr zufrieden.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Der Landesverband Niederösterreich unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus spricht allen Funktionären des Landesverbandes, den Bezirksgruppen aus Wien, Niederösterreich und Steyr für ihre Beteiligung an der Gedenksteinenthüllung für Genossen Wozniczak den herzlichsten Dank aus.

Dieser Dank gilt auch den Mitgliedern des Bundesvorstandes und des Wiener Vorstandes unseres Verbandes.

Obwohl es die erste große Veranstaltung des niederösterreichischen Landesverbandes war, können wir auf den Erfolg und das gute Gelingen dieser einmaligen Kundgebung stolz sein. Der Erfolg wurde erzielt, weil die Genossinnen und Genossen weder Mühen noch Kosten scheuten, um unserem Rufe Folge zu leisten und jeder einzelne erfüllt war von Idealismus und der Verbundenheit mit allen Opfern des Faschismus, welche die Stunde der Freiheit nicht erleben konnten.

An der Gedenkfeier haben mehr als 3500 Genossinnen und Genossen teilgenommen. Und diese Veranstaltung bewies wieder einmal, welche Kraft unserer Organisation innewohnt.

Unser besonderer Dank gilt aber unserer Genossin Jochmann, die in ihrer Gedenkrede zum Ausdruck brachte,

was über den Kreis der Freiheitskämpfer hinaus die Sozialistische Partei und alle aufrechten Demokraten unseres Landes bewegt.

So erwuchs uns aus dieser eindrucksvollen Gedenkstunde neue Kraft; wir wollen mit aller Konsequenz so wie bisher für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde eintreten.

*

Klosterneuburg, Friedrich Hoffmann †. Unsere Bezirksgruppe hat einen schweren Verlust erlitten. Am 21. August dieses Jahres ist unser Mitglied Friedrich Hoffmann, Klosterneuburg, Kierlinger Straße 42, im 66. Lebensjahr verstorben. Im Namen der Freiheitskämpfer hat Genosse Erber von dem Genossen Abschied genommen.

*

Mödling, Jahresversammlung. Am 22. Juli 1961 fand im Gewerkschaftsheim Mödling die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Obmann Genosse Kernpüller eröffnete die Versammlung und begrüßte alle erschienenen Mitglieder sowie den Referenten Genossen Dr. Bernstein und gab die Tagesordnung bekannt:

1. Bericht über das Opferfürsorgegesetz.
2. Bericht des Kassiers.
3. Allfälliges.

Genosse Bernstein erläuterte ausführlich die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und sprach vor allem über die Haftentschädigung.

Das Referat wurde von den Mitgliedern mit großem Beifall aufgenommen. Anfragen wurden vom Genossen Bernstein beantwortet.

Zu Punkt 2 brachte der Kassier, Genosse Kogelbauer, einen Bericht über den derzeitigen Kassastand.

Unter dem nächsten Punkt der Tagesordnung wurde der Ausschuß neu gewählt, der sich aus folgenden Genossen zusammensetzt:

1. Obmann: Genosse Franz Kernpüller;
2. Obmann: Genosse Fritz Friedmann;
1. Kassier: Genosse Engelbert Kogelbauer;
2. Kassier: Genosse Roman Hill;
- Schriftführer: Genosse Hermann Wurmbrand;
- Kontrolle: Die Genossen Anton Kranda und Josef Dipelreiter.

Zum Schluß der Versammlung wurde noch die Fahrt nach Mödring zu der Gedenksteinenthüllung besprochen.

*

Neunkirchen. Die Lagergemeinschaft des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück zeigte über Einladung der Bezirksorganisation Neunkirchen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus vom 30. Mai bis 8. Juni 1961 ihre Wanderausstellung in den Lokalitäten des Kulturhauses der Arbeiterkammer in Neunkirchen.

Zur Eröffnung am 30. Mai 1961 waren Genosse Hans Czetel, Bürgermeister Genosse Otto Gerhartl, für die Bezirkshauptmannschaft Regierungsrat Dr. Garaus, Vertreter des Gymnasiums, der Volks- und Hauptschulen, der evangelischen Kirche, der Exekutive, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, des Arbeitsamtes, Vertreter der drei politischen Parteien und der Bezirkspresse erschienen.

Der Obmann des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Genosse Peizinger, begrüßte die Anwesenden und ersuchte Genossen Otto Gerhartl, die Eröffnung vorzunehmen. Genosse Otto Gerhartl sprach über den Sinn und Wert dieser Ausstellung und erklärte sie dann für eröffnet.

Anschließend an die Besichtigung der Wanderausstellung wurde der Film „Nacht und Nebel“ vorgeführt, der auch an den folgenden Tagen jeweils um 16 Uhr zur Vorführung gelangte.

Die Ausstellung wurde von mehr als 1500 Personen besucht, davon waren 546 Haupt- und Gewerbeschüler sowie Schüler des Gymnasiums. Besonders hervorgehoben sei, daß 17 Schüler, begleitet von ihrem Klassenlehrer, den Weg von Hassbach nicht gescheut haben, um diese Ausstellung besichtigen zu können. Am vorletzten Tag der Ausstellung konnten wir den Besuch von über 40 Mitgliedern der Exekutive verzeichnen.

Es ist nur schade, daß nicht noch mehr Neunkirchner diese überaus wertvolle Ausstellung besuchten, die den Toten zum Gedenken und den Lebenden zur Mahnung gezeigt wurde.

Allen Frauen und Männern aber, die bei der Aufstellung sowie beim Abbruch und während der Ausstellungstage in uneigennützigster Weise geholfen haben, sagen wir an dieser Stelle herzlichen Dank.

*

Pottenbrunn, Mahnmalenthüllung. Am 28. Mai 1961 wurde ein Mahnmal für die Opfer der beiden Weltkriege und für die Opfer des Faschismus in der Gemeinde Pottenbrunn Bezirk St. Pölten, enthüllt.

Bürgermeister Hübl erinnerte an die vielen Opfer, die die Menschheit bringen mußte. Besonders hob er den Kampf der Menschen hervor, die als Opfer des grünen und braunen Faschismus den Kampf um die Freiheit unseres Landes in den Jahren 1934 bis 1945 führten. Im Glauben an die Zukunft und ihre Idee haben sie die Freiheit hochgehalten, was viele mit ihrem Leben oder jahrelanger politischer Haft büßen mußten.

Die Erinnerung an diesen Kampf möge Mahnung an die Menschen von heute sein, damit es niemals wieder zu Faschismus, politischer Verfolgung und Unfreiheit in unserem Lande käme.

An der Veranstaltung nahm der Landesobmannstellvertreter des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Genosse Ziegelwagner, mit einer starken Abordnung der Bezirksgruppe St. Pölten teil.

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/11/13

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



Alles was wächst,
hat seine Zeit.
Schütze die Deinen auch
über Deine Zeit hinaus
durch eine
Lebensversicherung
bei der
Wiener Städtischen



**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 7. Nov. 1961**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mo. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstern 1 Jeden 1. Di. im Monat 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Marktgasse 2 Mi. 18 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16. Schuhmeierplatz 17—18 Do. 17 bis 19 Uhr
17. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing,
Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
19. Billrothstraße 48 Jeden 1. u. 3. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
(Arbeiterheim Döbling)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa. im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Jeden 1. Mi. i. Mo-
nat, 17 bis 19 Uhr

- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I. Bitte vorher tele-
phonisch anfragen: Nr. 7 11 12.